

Mehrwertsteuer

6,1 ist der Satz für alle Fälle

Der Bundesrat will die Mehrwertsteuer radikal vereinfachen und Ausnahmen abschaffen. Damit werden Lebensmittel teurer, andere Produkte aber billiger.

ap. Heute gibt es drei verschiedene Mehrwertsteuersätze: den Normalsatz von 7,6 Prozent, den Satz für Güter des täglichen Bedarfs von 2,6 Prozent und den Sondersatz für Beherbungsdienstleistungen von 3,6 Prozent. Geht es nach dem Bundesrat, soll damit nun Schluss sein. Im Rahmen einer Mehrwertsteuerreform will er den Einheitssteuersatz von 6,1 Prozent einführen.

Nach der Auswertung der über 530 Stellungnahmen zur Revision des Mehrwertsteuergesetzes hat der Bundesrat beschlossen, dem Parlament im kommenden Sommer eine Botschaft mit zwei unabhängigen Teilen vorzulegen, wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) am Donnerstag mitteilte.

Vereinfachungen für Firmen

Das Fundament der Steuerreform bildet ein erster Teil mit einem vollständig überarbeiteten Mehrwertsteuergesetz, das den Unternehmen Vereinfachungen und Erleichterungen sowie mehr Rechtssicherheit bringen soll. Mit der grösseren Kundenorientierung werde dies wesentlich zum Abbau des oft gerügten Formalismus der Steuerbehörden beitragen, schreibt das EFD.

Im zweiten Teil der Botschaft schlägt der Bundesrat die Einführung eines Einheitssatzes von 6,1 Prozent und die Abschaffung von möglichst vielen Steuerausnahmen vor. Ausnahmen blieben dort bestehen, wo wie in der Landwirtschaft der administrative Aufwand für die Erhebung in keinem Verhältnis zum Ertrag stehe oder wo es technisch schwierig sei, die Steuerbemessungsgrundlage zu bestimmen.

Gesundheit ist keine Ausnahme

Im umstrittenen Gesundheits- und Sozialbereich beschloss der Bundesrat, die Ausnahmen aufzuheben. Die schädliche, strukturverzerrende Taxe occulte sei hier sehr hoch. Zudem bestünden zahlreiche Abgrenzungsprobleme. Im Urteil des Bundesrats überwiegen die Vorteile der Aufhebung der Ausnahmen die Nachteile, zu denen insbesondere der zu erwartende einmalige Teuerungsschub von rund 2,5 Prozent bei den Krankenkassenprämien gehöre.

Für gemeinnützige Institutionen und für ehrenamtlich geführte Vereine und einfache Gesellschaften, die weder einen wirtschaftlichen Zweck verfolgen noch der Buchführungspflicht gemäss dem Obligationenrecht unterstehen, ist eine erhöhte Umsatzgrenze von mindestens 250 000 Franken für die Steuerpflicht vorgesehen.

Der Bund rechnet mit dem ersten Teil der Botschaft mit Mindereinnahmen von rund 80 bis 130 Millionen Franken, was bei rund 19 Milliarden Franken Steuereinnahmen praktisch ertragsneutral sei. Auch die Einführung des Einheitssatzes soll haushaltsneutral erfolgen.

Damit die Mehrbelastung durch die Aufhebung der Ausnahmen bei den einkommensschwächsten 40 Prozent der Haushalte kompensiert werden kann, soll der Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung um den Betrag der Mehrbelastung erhöht werden.

Bei den privaten Haushalten rechnet das EFD durch die Einführung des Einheitssatzes langfristig mit positiven Auswirkungen. Es sei mit einem zusätzlichen Wachstum von 0,1 bis 0,7 Prozent zu rechnen. Pro

Haushalt ergibt sich damit ein Einkommenszuwachs zwischen 100 und 700 Franken pro Jahr. Dem stehen pro Haushalt kurzfristig jährliche Zusatzbelastungen von durchschnittlich 75 Franken gegenüber.

Nachteile für Familien

Vor allem Familien mit Kindern und Rentnerhaushalte haben laut EFD bei der Einführung des Einheitssatzes eine leichte Erhöhung der Mehrwertsteuerlast zu erwarten. Die Mehrbelastung werde aber durch die Aufstockung der Verbilligung der Krankenkassenprämien ausgeglichen. Positiv wirke sich die Reform auf Einpersonenhaushalte aus.

Generell steigt der Steuersatz für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie für Leistungen aus den Bereichen Kultur, Sport, Bildung, Beherbergung und dem Gesundheitswesen. Dafür profitieren die Konsumenten in Bereichen wie dem öffentlichen Verkehr, dem Kauf von Unterhaltungselektronik, Autos, Möbeln, Kleidern oder bei der Konsumation im Restaurant.

Positiv würde sich die Mehrwertsteuerreform laut EFD auf die Wirtschaft auswirken. Langfristig werde dadurch ein zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandprodukts von 0,3 bis 0,8 Prozent ausgelöst.

Nur die Wirtschaft ist dafür

In ersten Reaktionen erhielten die Pläne des Bundesrats von der FDP und der Wirtschaft volle Unterstützung. Eine fundamental vereinfachte Mehrwertsteuer entlaste die Wirtschaft und fördere den Wohlstand, teilte Economiesuisse mit. Die Freisinnigen sprachen von einem Durchbruch ihres Finanzministers.

Kritik kam von den anderen Parteien und von vielen Interessenorganisationen. SVP-Generalsekretär Gregor Rutz sprach von einer finanzpolitischen Turnübung, die dem Bürger nichts bringe. Die CVP wehrte sich für die mittelständischen Familien. Der Einheitssatz werde Schiffbruch erleiden, hiess es bei der SP.

Kostenschübe befürchtet

Mehrkosten oder einen Kostenschub im Gesundheitswesen befürchten die Stiftung für Konsumentenschutz, der Krankenkassendachverband Santésuisse und die Interessengemeinschaft Detailhandel. Enttäuscht reagierten auch die Verbände des öffentlichen Verkehrs, die Verleger und Swiss Olympic.

ap